

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 110 (1984)
Heft: 9

Rubrik: Bundeshuus-Wösch

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Schweiz wird bekanntlich von einer Koalition der Bundesratsparteien regiert (wenn man so etwas «regieren» nennen darf). Diese Koalition ist eigentlich gar keine, weil ihre Teilhaber jene minimalen Bindungen gar nicht eingehen wollen (und müssen), die das Wesen einer Koalition ausmachen. Darum auch kein Koalitionsvertrag. Damit in diesem gelungenen Bündnis jeder machen kann, was ihm passt. Somit versteht es sich eigentlich von selbst, dass die SPS ihr selber und dem Rest des Landes zulieb wieder in die Koalition zurückgekehrt ist, noch ehe sie aus ihr austrat ...



Trotz der Rückkehr des verlorenen Sohnes ins Bundeshaus fragt man sich daselbst mit einiger Sorge, wie das nun unter den Bundesratsparteien weitergehen soll. Die Herrschaften täten vielleicht gut daran, für die künftige Gestaltung ihres Mit- und Gegeneinanders bei Meinrad Inglin Rat zu holen. In seinem «Schweizer Spiegel» finden sich zwei Sätze, die ihnen weiterhelfen könnten. Der erste: «Die Schweiz ist ein Staat für reife Leute.» Und der zweite: «Wichtig ist der Gefechtsabbruch im richtigen Moment.» A bon lecteur salut!



Lisette hatte einen Traum. Ort der Handlung: die Parkplätze im Durchgang zwischen Parlamentsgebäude und Bundeshaus-Ost. Ein Parlamentarier, der zu einer Kommissionssitzung kommt, parkt hier sein Gefährt. Diesem entsteigt mit dem Vater auch der Sprössling. Aus einem Kellerfenster des Palais dringt ein heller Lichtstrahl. Fragt das Bühlein: «Vati, isch das dert unde d Bundeshuus-Hölli? Chömed dert die ane, wo nid gönd go schtimme?» – «Nei, nei, Seppli, das isch di eidgenössisch Wöschchuchi. Dert wäscht d Lisette die dräckig – und mängisch au die sauber – Bundeshuus-Wösch.»



Die Eidgenossenschaft hat strenge Sitten, wenn es darum geht, einen neuen Staat anzuerkennen: feste Grenzen muss er haben, eine Einheit bilden, und seine Regierung muss sich im ganzen Lande durchsetzen und allen Leuten Sicherheit bieten. Seine Aussenpolitik soll selbständig sein und von keiner anderen Hauptstadt aus dirigiert werden, heisst's. Verschiedene Staatsgebilde im südlichen Afrika wurden nicht anerkannt, weil ihre Politik in Pretoria ge-



Bundeshuus-Wösch

macht wird. Geht in Ordnung. Man kann sich auch andere Länder vorstellen, und zwar weit von den Schweizer Grenzen, in welchen nicht unbedingt unabhängig politisiert wird. Aber die sind schon lange anerkannt. Apropos: die Schweiz hat einen neuen Botschafter nach Libanon entsandt. In einen Staat, mit welchem die Eidgenossenschaft seit langen Jahren diplomatische Beziehungen pflegt. Bange Frage: gibt's ihn noch? Ist seine Regierung noch Meister im eigenen Land, ist sie imstande, Macht und Schutz auszuüben, ist sie imstande, noch eine eigene Aussenpolitik zu führen? Viel Glück, Herr Botschafter Ramseyer!



Die Schweizer, ein einig Volk von braven Steuerzahlern! Der hohe Bundesrat sagt es selbst: die Steuerhinterziehung bleibt in Grenzen. Die Schweizer sind nicht besser als andere und fröhnen auch ab und zu dem lieben Sport, der da will, dass nicht der letzte eingesackte Rappen unbedingt in der Steuererklärung zu erscheinen hat. Aber mit Mass! Weil sie lieber den Franken im eigenen Portemonnaie sehen als in demjenigen des Bundessäckelmeisters, weil sie des Fiskus zu grossen Appetit in ihrem Sinn korrigieren wollen, oder auch nur aus purer Lust, die Herren da oben ein wenig zu fuxen, wird «bschisse». Nicht der Rede wert. All das steht in einem sehr seriösen Bericht des Bundesrates an das Parlament. Ein Schönheitsfehler allerdings im dito Bericht: der Bundesrat gibt zu, dass er keine blasse Ahnung hat, um welche Summen die Steuerverwaltung betrogen wird! Also: im Zweifel entscheide dich für den Angeklagten, singe weiter das schöne Lied vom ehrlichen Steuerzahler ... und beklage die leeren Kassen.



Strenggenommen müsste man die politischen Dienstverweigerer des Landes verweisen. Das ist die Ansicht von Generalstabschef Zumstein. Man könnte den Gedanken weiter-spinnen: strenggenommen hätte man die Konservativen des letzten Jahrhunderts, die von der Schaffung des Bundesstaates nichts wissen wollten, des Landes verweisen müssen. Und strenggenommen hätte man auch die Landesstreikler von 1918 über die Grenze spedieren sollen ... Strenggenommen aber ist die Forderung des Generalstabschefs undemokratisch.



Der Bundesrat gibt nicht so schnell auf. Nachdem die Schweiz im vergangenen Jahr auf ihren 1200 Tonnen schwach- und mittelmäßig radioaktivem Abfall sitzengeblieben ist, weil sie niemand mehr im Meer versenken wollte, tritt er für den raschestmöglichen Bau eines Zwischen-

lagers für solche Abfälle ein. Immerhin, nach wie vor will er die «Optionen» für Meeresversenkungs-Aktionen offenhalten. Das Meer ist gross und tief, mögen sich die sieben Herren gesagt haben, und auf ein paar Tonnen mehr oder weniger Dreck kommt es auch nicht an. Das war bis noch vor nicht allzu vielen Jahren genau die Haltung jener, die ihre Abfälle in schweizerische Seen und Flüsse warfen.



Das Departement Furgler hätte seine Innovationsrisikogarantie-Idee doch gegen die politischen Risiken versichern sollen. Die ständerätliche Kommission hat nämlich die direkt-staatliche Absicherung unternehmerischer Risiken mit der entscheidenden Schützenhilfe der Parteifreunde Furglers erbarmungslos unter die politische Erde geschauvelt. «Ausser Spesen nichts gewesen», könnte man sagen, aber so einfach liegen die Dinge nicht: das Kind Furglers hat die zu selbstsichere Wirtschaft doch stark verunsichert, und auch die ständerätliche Kommission konnte nicht umhin, eine Art Bastard mit staatlicher Rückversicherung von Risikokapitalgesellschaften auf die Welt zu stellen. Ordnungspolitisch ist nun das Kind sauber, finanzpolitisch dürfte es Vater Staat mehr belasten. Merke: wer sein Kind sauber halten will, muss dafür auch bezahlen. Zudem steht heute schon fest, dass die SP nach ihrem Verzicht auf volle Opposition die Innovations-Absicherung nicht beanspruchen wird.

Lisette Chlämmerli

